

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 45

Köln, den 7. November 1930

31. Jahrg.

## Generalversammlung.

Unser Haus, das Schulungsheim in Königswinter, bekannt als Stätte zur Heranbildung junger Kräfte für den Dienst in unserer Bewegung und Tagungsort so mancher wichtiger Zusammenkunft christlicher Gewerkschaftler, beherbergte die Generalversammlung unseres Verbandes. Schon die geschmackvolle Ausstattung der Räume verriet, daß eine besonders wichtige Veranstaltung vor sich gehen sollte. Ernst und stimmungsvoll die Tagungsräume, Ernst und Verantwortungsbewußtsein beherrschte die Verbandstagsteilnehmer und die Verbandsleitung.

Am Sonntag, den 2. November 1930, vormittags, trat der Verbandstag zu seiner Konstituierung zusammen. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Kurtjscheid, eröffnete die Tagung und richtete herzliche Begrüßungsworte an die Teilnehmer des Verbandstages, an Gäste, Verbandstagsvertreter und Verbandsangestellte. Im Hinblick auf die ernste Zeit hatte man Abstand genommen von der Ladung einer größeren Anzahl Gäste, wie das früher üblich war. Diesmal beschränkten wir uns darauf, die Gesamtbewegung, als deren Vertreter der Kollege Jansen erschienen war, und die Bruderverbände unserer Bewegung zu laden. Der Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland, Scheuble, nahm ebenfalls an unserer Tagung teil.

Einleitend gedachte Kollege Kurtjscheid der Bergwerkskatastrophen, die vor wenigen Tagen das Empfinden und die Teilnahme aller Deutschen wachriittelten, mit folgenden Worten:

„Wir alle stehen noch unter dem erschütternden Eindruck, den die furchtbaren Unglücke in Alsdorf und Friedrichsthal auf uns gemacht haben. Fast 400 Bergarbeiter haben bei diesen Unglücken ihr Leben verloren und über 100 sind verletzt worden. Das Unglück hat sie getroffen mitten in ihrer schweren und gefährvollen Arbeit, wie sie die Bergarbeiter tagein und tagaus im Dienste der Menschheit verrichten, ohne daß ihr schwerer Dienst von einem großen Teil des Volkes gebührend geschätzt und anerkannt wird. Darüber dürfen auch manche Spenden, welche in diesen Tagen nach Alsdorf und Friedrichsthal gesandt werden, nicht hinwegtäuschen. Möge Alsdorf und Friedrichsthal für alle diejenigen Kreise, die sich daran gewöhnt haben, auf Kosten der Arbeiterschaft ein Leben zu führen, welches mit christlicher Gerechtigkeit und Liebe nichts mehr gemein hat, ein Signal zu ernster Umkehr sein.“

Den Angehörigen der verunglückten Bergleute gilt unsere herzlichste Teilnahme; den Toten aber bewahren wir ein ehrendes Andenken und senden für sie zum Herrgott das stille Gebet: Herr, laß sie ruhen in Frieden!“

Die Anwesenden erhoben sich zum ehrenden Gedenken der Toten von ihren Sitzen. Zu den Verbandstagsaufgaben überleitend fuhr Kollege Kurtjscheid fort:

„Unser 13. Verbandstag unterscheidet sich rein äußerlich schon, wie Sie sehen, von den meisten früheren Verbandstagen. Er trägt nach außen hin ein recht einfaches schlichtes Kleid. Ursprünglich sollte ihn ein feierliches Kleid umgeben. Als dann aber die Arbeitslosigkeit einen immer größeren Umfang annahm, hat der Zentralvorstand beschlossen, dem Rechnung zu tragen und den Verbandstag den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Es hat wirklich keinen Zweck, wie das heute vielfach geschieht, anderen Einfachheit zu predigen und sie selbst nicht zu üben. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, der mir heute erst recht richtig zu sein scheint, daß gute Beispiele besser sind für die Menschheit als schöne Reden ohne Taten. Das ist auch der Grund, warum wir nach Königswinter gegangen

sind und zwar in „Unser Haus“. Hier sind die Ausgaben für den Verbandstag nicht nur geringer als sonstwo, sondern sie bleiben auch in unserer christlichen Gewerkschaftsfamilie.

Und wenn wir ferner zu diesem Verbandstag nicht den großen Kreis von Freunden, Behörden und Gästen eingeladen haben wie früher, dann ist das auf dieselbe Ursache, die ich vorhin angeführt, zurückzuführen. Unsere Freunde werden dafür sicherlich Verständnis haben. Was wir aber zu sagen haben, können wir auch so allen denen, die es wissen sollen, zur Kenntnis bringen.

Unsere diesmalige Tagung fällt in eine Zeit freudiger und trauriger Ereignisse.

Als freudiges Ereignis ist die endliche Befreiung der Rheinlande von fremden Truppen zu buchen, ein Ereignis, das ohne die vorbildliche und opferfreudige Haltung und Tätigkeit der rheinischen Arbeiterschaft während des passiven Widerstandes nicht eingetreten wäre.

Unserfreulich ist die ungeheure Arbeitslosigkeit, die heute die Arbeiterschaft bedrückt, und die Zustände in Politik und Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist zur Zeit in unserem Verbandsungefähr sechs mal so groß als wir sie im Jahre 1913 zu verzeichnen hatten. Damals zählten wir rund 5,5 Prozent Erwerbslosenbeiträge, jetzt sind es deren über 30 Prozent. Dazu kommt noch die Kurzarbeit. Ferner kommt noch hinzu, daß es bei der langen Dauer der Krise einem großen Teil der Jugend nicht möglich ist, die für ihr ganzes Leben so wichtigen Jugendjahre mit dem Erlernen eines Handwerks oder eines sonstigen Berufes auszufüllen.

Seider gibt es noch weite Kreise der Bevölkerung, die sich weigern, ihren Teil für die Unterstützung der Arbeitslosen mit zu tragen. Ich erinnere nur an das Geschrei der Beamten, als sie einige Prozent des Grundgehaltens für die Arbeitslosen opfern sollten. Dabei sind gerade die Beamten seit 1927 so reichlich mit Zuwendungen aus den Wirtschaftserträgen, die zum größten Teil von der Arbeiterschaft erarbeitet werden müssen, bebacht worden, daß man erstaunt ist über die Ahnungslosigkeit und Selbstsucht dieser Gruppen, trotz der heutigen Not. Ohne diese Bevorzugung einzelner Stände wäre das Elend in Arbeiterkreisen heute längst nicht so groß. Die christliche Arbeiterschaft wehrt sich mit Recht dagegen, sich dieses Unrecht dauernd gefallen zu lassen. Wir haben auch kein Verständnis dafür, wenn ein Minister, wie es die Zeitungen berichten, den Beamten gegenüber betont, es würde ihnen in dieser Zeit reichlich viel zugemutet. Davon haben wir bis jetzt jedenfalls sehr wenig gemerkt, es sei denn, daß man den geringen Abzug vom Grundgehalt schon als eine Großtat betrachtet, ein Abzug, der zudem teilweise erst ab 1. April 1931 erfolgen soll. Den „wohlerworbenen Rechten“ der Beamten sowie den Annahmungen aller anderen Kreise, die von den Wirtschaftserträgen zuviel in ihre Tasche stecken, stellen wir unsere verfassungsgemäßen und natürlichen Rechte entgegen. Im Artikel 151 der Reichsverfassung heißt es ausdrücklich: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins entsprechen.“ Und im Artikel 167 heißt es: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ Ist etwa das, was in der Reichsverfassung hier gesagt ist, nicht mindestens ebenso viel wert, wie die in der Reichsverfassung verankerten „wohlerworbenen Rechte“ der Beamten?

Als unerfreuliches Ereignis ist weiter zu verzeichnen, was uns nach der Rheinlandbefreiung geblieben ist: Die gewaltige Reparationsbelastung. Auch dagegen muß sich die Arbeiterschaft mit ganzer Kraft zur Wehr setzen. Wir haben keine Neigung, uns von ausländischen Kapitalisten versklaven zu lassen. Darum protestieren und kämpfen wir so lange gegen die unerträgliche Reparationsbelastung, bis sie beseitigt ist.

Wenn ich einige der großen Schäden unserer Zeit hier hervorheben habe, so nicht deshalb, um mich in Klagen zu ergeben. Zum Klagen und Jammern sind wir hier nicht zusammengekommen. Wir wollen etwas ganz anderes in diesen Tagen in Königswinter. Wir wollen Mittel und Wege suchen, um die Schwierigkeiten unserer Zeit meistern zu können. Dazu hat uns der Herrgott gerade in diese Zeit hinein gestellt; uns ganz besonders, die wir in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereint sind. Uns liegt es darum auch fern, gebeugt und verzweifelt durch die Zeitverhältnisse hindurchzugehen; wir wollen vielmehr hindurchgehen den Blick nach oben gerichtet, bereit, überall wo es notwendig ist, zu bessern und zu helfen. Dabei soll uns nicht Haß und Neid Leitstern sein, sondern christliche Gerechtigkeit und Nächstenliebe. Nur aus dem Geiste des Christentums heraus wird die Rettung aus der Not unserer Zeit hervorgehen können, nicht aus dem materialistischen Geiste, der jetzt die Welt beherrscht. Die Arbeiterschaft, die darum von der Sozialdemokratie oder dem Kommunismus oder anderen auf anti-christlicher Grundlage fußenden Gebilden ihre Rettung, ihr Glück erhofft, wird stets eine Enttäuschung nach der anderen erleben. Wir werden uns von diesen Zeitströmungen nicht irremachen lassen.

Und nunmehr wollen wir in den nächsten Tagen bei den Beratun-

gen und Beschlüssen unser Wollen und Können uneigennützig in den Dienst des Verbandes und der Mitglieder stellen. Gerade weil wir uns in einer sehr ernsten Zeit befinden, wollen wir in den nächsten Tagen mit doppeltem Eifer und doppelter Gewissenhaftigkeit unsere Pflicht erfüllen."

Der Kollege Jansen richtete die Grüße des Gesamtverbandes aus und übermittelte Glückwünsche zu einem guten Gelingen der Tagung. Er wies darauf hin, daß er sich mit besonderer Freude dieses Auftrages entledige, da er selbst aus der Gilde der Holzarbeiter hervorgegangen sei und sich mit besonderer Genugtuung seiner Tätigkeit im Dienste des Verbandes erinnere. Er bezeichnete die Mißstimmung, die weite Kreise des deutschen Volkes beherrsche, als das größte Hemmnis einer Besserung der heutigen beklagenswerten Zustände. Verbandstage sollten nicht auch diese Mißstimmung nähren, sollten nicht dem Pessimismus huldigen. Trotz der Schwere der Lage sei das Gegenteil, ein gesunder Optimismus und ein erschlitterliches Vertrauen in die Kraft und den Willen zum Aufstieg des deutschen Volkes, notwendig. Der Glaube, daß allen Schwierigkeiten zum Trotz eine glücklichere Zukunft möglich und auch uns beschieden sei, wirke Wunder. Der Wille mitzuwirken, mitzuarbeiten an den Riesenaufgaben, die es zu lösen gilt, dankbar dem Schöpfer, der uns in schwerer Zeit an wichtige Stelle gestellt habe und uns eine Mission übertrug, stärke uns Mut und Vertrauen und verleihe uns Schwung und Begeisterung in den Kämpfen, die uns bevorstehen und die wir erfolgreich bestehen wollen.

Starker Beifall bewies, daß der Verbandstag diesen Appell verstanden hatte und die Teilnehmer sich bereit erklärten, in diesem Sinne ihre Kraft dem Verbands zu weihen.

## Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes.

### Allgemeiner Geschäftsbericht.

**Kurtscheid-Köln:** Wie aus der Tagesordnung ersichtlich, hat der geschäftsführende Vorstand die Berichterstattung auf 5 Kollegen verteilt. Deshalb, weil ein ausführlicher gedruckter Bericht vorliegt, weil ferner alle Vertreter mehrere Wochen Zeit hatten, den Bericht zu studieren, wird die mündliche Berichterstattung so kurz wie möglich sein.

Die Verhältnisse, unter denen der Verband in der Berichtszeit zu arbeiten hatte, sind Euch aus eigenem Erlebnis bekannt. Die Worte Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung besagen alles. Wir haben in den beiden Berichtsjahren bis auf den heutigen Tag eine Arbeitslosigkeit gehabt, wie wir sie nie gekannt haben. Mitten im Sommer hatten wir beinahe ein Drittel der Verbandsmitglieder arbeitslos und krank. Dazu kommen dann noch die vielen Kurzarbeiter, die in den obigen Ziffern nicht enthalten sind. Wir leben also in ganz anormalen Verhältnissen, denen wir auch im Verbands Rechnung tragen müssen.

Zurückzuführen ist die gewaltige Arbeitslosigkeit zum großen Teile meines Erachtens auf die ungesunde Wirtschaft und die falsche Wirtschaftsführung in der Nachkriegszeit. Wir sehen das recht deutlich an den Indezahlen. Alle Preise wurden in der Nachkriegszeit auf eine Höhe getrieben, die angesichts des verlorenen Krieges unnatürlich war. Nehmen wir zum Beispiel die Indezahlen der Baustoffpreise und Baukosten. Steine und Erden standen 1929 auf 175,2, Bauhölzer auf 155,3, Baustoffe insgesamt auf 158,9, Baukosten auf 176,9. Ähnlich sind die Lebenshaltungskosten hinaufgeklüffert. Die Gesamt-Lebenshaltung ohne Wohnung kletterte 1929 im Durchschnitt auf 160,8, Bekleidung auf 171,8 und sonstiger Bedarf einschließlich Verkehr sogar auf 191,9; letzterer im Januar ds. Js. auf 195. Jetzt befinden wir uns auf dem Rückwege dieses aufgeblähten Wirtschaftsapparates, bis er wieder seinen normalen Stand erreicht hat.

In die Zeit nach dem Kriege fällt nun die Rationalisierung, wie wir sie erlebt haben. Sie war übertrieben. Die Berechnungen der Unternehmer waren falsch; sie haben die Abgabemöglichkeiten der Produktionserzeugnisse im In- und Auslande überschätzt.

Die Unternehmer haben ferner den Arbeiter zu wenig berücksichtigt. Sie haben nur darauf gesehen, Arbeiter im Betriebe zu sparen. Nicht oder zu wenig hat man die Schattenseiten dieser Methode (die Folgen der geschwächten Kaufkraft und die Kosten der Arbeitslosenunterstützung) in Rechnung gestellt.

Weiterhin haben in dieser Zeit die Unternehmervereinigungen statt Preisenkungen dauernd Preiserhöhungen vorgenommen und zwar

in dem Ausmaße, die zur Katastrophe führen mußte. Die Arbeiterlöhne sind diesen Preissteigerungen nicht vorausgegangen, sondern zögernd gefolgt. Die Preissteigerungen aber haben den Abgabegang bedeutend vermindert.

Die Unternehmer haben es ferner verabräumt, rechtzeitig und entsprechend der Rationalisierung die Arbeitszeit zu verkürzen. Selbst heute, bei dem Riesenheer der Arbeitslosen einerseits und bei den gewaltigen technischen Fortschritten andererseits treten noch Industrielle für eine Verlängerung der Arbeitszeit ein.

Bei den meisten Großunternehmern und ihren Vereinigungen hat es außerdem an der Einsicht gefehlt, auf eine gerechtere und vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus richtige Verteilung und Verwendung der Wirtschaftserträge hinzuwirken. Man besche sich nur die Riesenbezüge der Bank- und Fabrik-Generaldirektoren; ferner die Milliarden, die unser Behördenapparat verschlingt.

Diesen Zuständen gegenüber müssen wir meines Erachtens unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit und zwar auf 40 Stunden die Woche (Fünf-Tage-Woche) fordern.

Die Einwände, die wir dagegen heute von Arbeitgeberseite hören, kann ich ebensowenig gelten lassen, als dieselben Einwände vor 30 Jahren, als es sich um die Einführung des Zehnstundentages handelte. Heute haben wir noch viel schwerwiegendere Gründe für unsere Forderung wie damals. Wir sehen tagtäglich die ungeheuren Schäden der Dauer-Arbeitslosigkeit im Wachsen begriffen. Die Jugend findet keine Lehrstellen mehr und kann das später nicht mehr einholen, was sie in der Jugendzeit verliert. Der Vater verliert seine Autorität in der Familie, weil er sie nicht mehr unterhalten kann. Viele Arbeitslose geraten auf Abwege und bilden für Staat und Gesellschaft eine große Gefahr. Das Wachsen des Radikalismus kommt nicht von ungefähr. Mir scheint es darum höchste Zeit, die Arbeitszeitfrage einer Lösung entgegenzuführen. Je länger man damit wartet, um so größer werden die Schäden. Das Beste wäre, wenn wir die Verkürzung der Arbeitszeit in freier Vereinbarung mit den Arbeitgebern vornehmen könnten. Sie könnte dann am besten den jeweiligen Verhältnissen im Berufe angepaßt werden. Ist das aber nicht möglich, wird die Gesetzgebung eingreifen müssen; denn auf längere Zeit ist eine solche Riesenarbeitslosigkeit für Land und Volk einfach untragbar.

Zu der Verkürzung der Arbeitszeit müßte hinzutreten die Bekämpfung des Überstundenunwesens, sowie die Beseitigung der Doppelverdiener und der nicht nötigen gewerblichen Frauenarbeit.

Wir müssen ferner eine gerechtere Verteilung der Wirtschaftserträge mit allem Nachdruck fordern. Die jetzige Verteilung

schreit, vom christlichen Standpunkte aus gesehen, einfach zum Himmel. Was die anderen zuviel bekommen, fehlt selbstverständlich der Arbeiterschaft, bringt sie in Not, schwächt ihre Kaufkraft, lähmt die Produktion und vermehrt die Arbeitslosigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

## Finanz- und Kassenwesen.

**Stedem (Hauptkassierer):** Der diesjährige Verbandstag fällt in die Zeit einer allgemeinen schweren Wirtschaftskrise, in welche alle führenden Industrieländer der Erde verwickelt sind. Auch in unserem Gewerbe hat sich diese Krise in größter Schärfe bemerkbar gemacht. Durch die außerordentlich große Zahl der erwerbslosen Mitglieder, durch erheblich verminderten Beitragseingang und durch sehr starkes Anschwellen der Unterstützungsauszahlungen macht sich diese Krise bis in die letzte Zahlstelle bemerkbar. Das erste Jahr der Berichtszeit, das Jahr 1928, zeigte einen verhältnismäßig guten Geschäftsgang und konnte unser Verband in dieser Zeit auch die entsprechenden Fortschritte erzielen. Der Verbandstag in Nürnberg konnte daher unter günstigen Voraussetzungen seine Arbeiten erledigen und in der Erwartung eines weiteren guten Geschäftsganges auseinandergehen. Jedoch schon das letzte Vierteljahr des Jahres 1928 brachte ein stärkeres Absinken der Geschäftskonjunktur und eine erhebliche Zunahme der Zahl der erwerbslosen Mitglieder, wurden doch bereits in diesem Vierteljahr 49 743 Erwerbslosenbeiträge entrichtet. Das erste Vierteljahr 1929 brachte eine weitere starke Steigerung und die Zahl der Erwerbslosenbeiträge stieg auf 77 882. Das war mehr als das Dreifache gegenüber dem ersten Vierteljahr des Jahres 1928. Wenn auch im weiteren Verlauf des Jahres 1929 eine kleine Besserung gegenüber dem 1. Vierteljahr eintrat und die Zahl der Erwerbslosenbeiträge auf 59 453, 56 067 und 69 281 in den folgenden Quartalen zurückging, so ist doch das Jahr 1929 mit insgesamt 262 685 Erwerbslosenwochen außerordentlich stark belastet. Gegenüber dem Jahre 1928 mit 139 309 Erwerbslosenbeiträgen ergibt sich fast eine Verdoppelung. Bei einer derartigen großen Erwerbslosigkeit bleibt es unvermeidlich, daß die Zahl der geleisteten Vollbeiträge zurückgeht. Während im Jahre 1928 noch 1 006 136 Vollbeiträge geleistet wurden, ging diese Zahl in 1929 um 36 844 auf 969 292 zurück. Bei 969 000 Vollbeiträgen 262 000 Erwerbslosenbeiträge bedeutet 27,1% an Ausfallwochen gegenüber den Beitragswochen oder durchschnittlich pro Mitglied umgerechnet im Jahre 41 Wochen Arbeit und 11 Wochen Erwerbslosigkeit. Wie aus den statistischen Übersichten der Krankenkassen zu ersehen ist, ergibt sich im Jahresdurchschnitt für das Jahr 1928 eine Krankheitsdauer von rund 13,3 Tagen pro Mitglied, so daß wir demnach im Jahre 1929 im Durchschnitt rechnen müßten, 41 Wochen Arbeit, davon abgehende Feiertage und evtl. Kurzarbeitstage, 9 Wochen Arbeitslosigkeit und 2 Wochen Krankheitsdauer. Wahrlich ein sehr trübes Bild, welches sich aus diesen Zahlen ergibt. Andererseits ergibt sich jedoch daraus die große Bedeutung unserer Unterstützungseinrichtungen.

Erfreulicher ist, daß die Zahl der Lehrlingsbeiträge eine beträchtliche Steigerung erfahren hat. Im Jahre 1930 wird aller Voraussicht nach noch eine weitere Steigerung zu verzeichnen sein.

Der Gesamtumfang an Voll-, Erwerbslosen- und Lehrlingsbeiträgen stieg in 1929. Erfreulicherweise kann man konstatieren, daß in den meisten mittleren und größeren Zahlstellen das Bestreben vorhanden ist, die Beiträge so festzusetzen, daß Hauptkassen- und Ortsbeitrag zusammen den sachungsgemäßen Beitrag in Höhe des anderthalbfachen Stundenlohnes erreichen, während in manchen mittleren und kleineren Zahlstellen hier noch vieles nachzuholen ist.

Durch die Steigerung der Mitgliederzahl, die Umstellung in der Beitragsleistung und die Einführung der Erwerbslosenmarken hatten wir eine wesentliche Steigerung der Beitragseinnahmen zu verzeichnen. An diesen Einnahmen sind die Ortskassen in 1928 mit 115 430,52 RM und in 1929 mit 162 059,60 RM beteiligt.

Der eingetretene Erhöhung der Einnahmen steht eine starke Steigerung der Ausgaben gegenüber. Hier ist es ganz besonders die Arbeitslosenunterstützung, für welche sehr große Beträge erforderlich waren. Von den Gesamtausgaben des Jahres 1927 entfallen nur 11% auf die Arbeitslosenunterstützung, während für 1928 bereits 204 191 RM oder 22% der Gesamtausgaben erforderlich waren und dieser Betrag in 1929 weiter auf 354 648 RM gleich 28% der Gesamtausgaben ansteigt. Mit diesen Zahlen ist auch schon die außerordentliche Wichtigkeit dieser Frage für den Verband angezeigt; ist es doch heute leider schon so geworden, daß ein größerer Teil der

Mitglieder mit periodisch wiederkehrender, längerer Arbeitslosigkeit rechnen muß. Eine starke Steigerung haben auch die Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen erfahren, für welche im Jahre 1928 147 150 RM und in 1929 261 792 RM aufgewandt werden mußten. Waren es in 1928 hauptsächlich die Kämpfe in der Großeisenindustrie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, neben den lang andauernden Kämpfen in den Werftorten und in Berlin, welche die größten Streikausgaben erforderten, so waren es in 1929 besonders die Kämpfe, welche im zweiten Halbjahr im rheinisch-westfälischen Tischlergewerbe, im Hannoverischen Gau und in Schlesien ausgebrochen waren, welche den Hauptteil der Ausgaben beanspruchten. Die Kämpfe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im Zusammenhang damit im Gau Hannover umfaßten rund 1700 Mitglieder und dauerten 7 Wochen, in Hannover bis zu 9 Wochen. Die längste Kampfesdauer war in Breslau und Liegnitz mit 17 Wochen zu verzeichnen. Insgesamt waren im Jahre 1929 rund 2500 Mitglieder an den Kämpfen beteiligt.

Eine ziemliche Erhöhung war auch bei der Krankenunterstützung in beiden Jahren festzustellen, von 82 600 RM in 1927 stieg diese in 1928 auf 102 912,94 RM und im Jahre 1929 auf 118 596,35 RM. Während die Krankenunterstützung im Jahre 1928 sich ziemlich gleichmäßig über alle Quartale verteilte, nur das 4. Vierteljahr brachte eine kleine Steigerung, war im 1. Vierteljahr 1929 eine sehr starke Steigerung zu verzeichnen, welche auf die damalige ungewöhnliche Frostperiode in Verbindung mit der dadurch hervorgerufenen Arbeitslosigkeit zurückzuführen war und mehr als 38% des Jahresbetrages erforderte.

Die Reiseunterstützung hat sich gegenüber dem Jahre 1927 verdoppelt, ein Beweis, daß das Reisen der jüngeren Mitglieder wieder mehr zur Geltung kommt, wenn auch die Bedeutung der Reiseunterstützung gegenüber der Vorkriegszeit weit zurückbleibt. Die Umzugsunterstützung ist gegenüber dem Vorjahre fast gleich geblieben, während das Sterbegeld auf 8186 RM in 1928 und auf 9604,20 RM in 1929 angestiegen ist. Eine ziemliche Erhöhung ist ebenso bei den Ausgaben für Rechtschutz und für sonstige Unterstützungen eingetreten, für 1928 waren 29 834,22 RM und für 1929 34 372,91 RM erforderlich. Von dem für 1929 erforderlichen Betrage entfielen 25 235,51 RM auf Rechtschutz und 9137,40 RM auf sonstige Unterstützungen. Die Gesamtausgaben für Unterstützungen und Lohnbewegungen betragen in den beiden Berichtsjahren 1 286 002,81 RM, während die sonstigen Ausgaben für Verbandsorgan, Wegweiser, Unterrichts- und Bildungswesen, Konferenzen, Gesamtverbandsbeiträge, zentrale und lokale Verwaltungs- und Werbekosten usw. den Betrag von 907 440,57 RM erforderten.

Inzwischen hat die Entwicklung im laufenden Jahre uns weiter sehr schwere Belastungen gebracht. Bei der sehr ungünstigen Geschäftslage zu Anfang des Jahres hoffte man auf eine Belebung und Besserung im weiteren Verlauf des Jahres, welche jedoch nicht eingetreten ist; im Gegenteil ist eine weitere Verschlechterung eingetreten und hat sich diese Krisenerscheinung zu einer allgemeinen großen Weltwirtschaftskrise entwickelt, von der das Holzgewerbe ganz erheblich betroffen wurde. Hatten wir doch bereits im ersten Halbjahr 1930 einen Rückgang an Vollbeiträgen um 30 483 Stück gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 und gleichzeitig eine Zunahme der Erwerbslosenbeiträge um fast genau die gleiche Zahl, um 30 358 Stück. Im dritten Vierteljahr ist eine weitere erhebliche Verschlechterung der Geschäftslage eingetreten, wie aus den weiterhin erheblich verminderten Teilzahlungen an die Hauptkasse und den steigenden Anforderungen an Zahlstellenvorschüssen hervorgeht. Im laufenden Jahre haben bisher insgesamt über 250 Zahlstellen, Vorschußbeiträge in Höhe von 80 000 Mark zur Auszahlung von Unterstützungen angefordert, da die Einnahmen in den Zahlstellen zur Auszahlung der Unterstützungen nicht ausreichten. Bei solchen Verhältnissen ist es unmöglich, bei der Hauptkasse Überschüsse zu erzielen, es entstehen ganz erhebliche Mehrausgaben. Da zur Zeit auch wenig Aussicht besteht, daß in absehbarer Zeit diese ungewöhnlich mißliche Wirtschaftslage einer besseren Konjunktur weichen wird, und wir im übrigen damit rechnen müssen, daß diese schlechte Geschäftslage bis weit ins nächste Jahr hineinreichen wird, gilt es daraus für unseren Verband die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn in 1929 ohne Invalidenbeiträge kein finanzieller Fortschritt erreicht werden konnte, wenn in 1930 trotz der Einrechnung der Invalidenbeiträge und ohne daß besondere größere Streikausgaben zu verzeichnen waren, eine sehr große Mehrausgabe entsteht, dann müssen wir dafür sorgen, daß das empfindlich gestörte Gleichgewicht im Verbandshaushalt wieder in Ordnung ge-

bracht wird. Es geht nicht an und würde der ganzen Tradition unseres Verbandes widersprechen, in solchen Zeiten dauernd die Gelder aus unserem Reserve- oder Kampffonds zu entnehmen, dies um so mehr, da wir ja im Holzgewerbe uns in einer vertragslosen Zeit befinden und wir für evtl. entstehende Kämpfe doch gerüstet sein müssen. Delegierte und Vorstandsmitglieder stehen vor einer verantwortungsvollen Aufgabe, es gilt diejenigen Reformen und Sicherheiten zu schaffen, die erforderlich sind, um uns ungeschwächt über diese schlechten Zeiten hinwegzubringen und den Weg freizumachen zum weiteren Aufstieg des Verbandes.

## Abrechnungswesen und Verwaltung.

**Krajewski-Köln:** Verwaltungsarbeit im Verbandsverband ist nicht die dankbarste Aufgabe. Recht oft wird man bei ordnungsmäßiger Erledigung der Verwaltungsgeschäfte und bei genauester Einhaltung der Satzungsbestimmungen, mit Kollegen und Zahlstellen kollidieren.

Das trifft insbesondere zu bei dem Abrechnungswesen und der Verbands-Invalidenunterstützung. Hier müssen oft Entscheidungen getroffen werden, die nicht immer angenehm, aber im Interesse einer geordneten Verbandsverwaltung notwendig sind.

Alle verantwortungsbewußten Verbandsmitglieder müssen darin übereinstimmen, daß die Verwaltungsgeschäfte zwischen der Hauptgeschäftsstelle und den Zahlstellen in streng geordneten Bahnen erledigt werden müssen. Die Verbandsatzung stellt diese Ordnung auf. Wenn wir von dieser geschaffenen Ordnung abweichen und geschäftliche Dinge oberflächlich oder gemütvoll erledigen, bekommen wir recht schnell eine große Mißwirtschaft im Verbandsverband.

Anerkennung gebührt unseren geschäftsführenden Kollegen in den Zahlstellen, die besonders im Laufe der letzten Jahre keine leichte Arbeit zu bewältigen hatten. Die Kassenführung in den Verwaltungsstellen bedarf einer ganz besonderen Sorgfalt. Trotz der uneigennütigen regen Tätigkeit ernten die Kollegen als Zahlstellenkassierer oft mehr Undank als Anerkennung.

Um die Kassenführung in allen Zahlstellen einfacher zu gestalten, hat die Hauptgeschäftsstelle neues Verwaltungsmaterial herausgegeben. Das Verwaltungsmaterial soll in allen Zahlstellen eine einheitlich geordnete Kassenführung herbeiführen. Es mußte leider selbst in größeren Zahlstellen festgestellt werden, daß trotz genauester Anweisung die Bücher ganz falsch verwendet wurden. Zur Schulung unserer Zahlstellenkassierer muß darum noch manches getan werden. Wichtig ist, daß in den Zahlstellen nur solche Kollegen mit den Kassenprüfungen betraut werden, die dazu auch in der Lage sind.

Der Zentralverband wird sich aber in Zukunft mit diesen Prüfungen allein nicht zufrieden geben können. Wir müssen dazu übergehen, daß die Geschäftsführung einer jeden Zahlstelle, halbjährlich oder mindestens jährlich, von dem zuständigen Verbandsbeamten einer genauesten Prüfung unterzogen wird. Wir haben trotz aller Vorsicht in einigen Zahlstellen, in denen wir die geordneten Verhältnisse annehmen konnten, manche Überraschung und entsprechende Verluste erlebt. Durch ein regelmäßiges Prüfen der Verbandsangehörigen könnte manches verhütet werden.

Ein besonders böses Kapitel ist das angebliche Verlorengangenen von Beitragsmarken. Daraus möchte ich aber, daß es sich bei den über 500 Zahlstellen, jährlich nur um einige wenige handelt, mit denen wir in dieser Sache zu tun haben. Die kleinen Fälle werden uns ungefähr in dieser Form gemeldet: „Dem Kassierer oder dem Vertrauensmann sind 5—10 oder 15 Marken verlorengegangen. Wir bitten diese von unserem Konto zu streichen.“ So kann es doch nicht gehen. Der grundsätzliche Standpunkt des Zentralvorstandes ist folgender: „In Verlust geratene Marken sind zu zahlen.“ Man überlege sich doch die Auswirkungen solcher Streichungen für den Verband.

Einige größere, aber seltene Fälle machten geeignete Maßnahmen erforderlich. Andere, auch unerfreuliche Fälle, die noch ungeklärt, sind noch nicht erledigt.

Die Auszahlung von Unterstützungen geschieht zur Zeit in einer Anzahl von Zahlstellen äußerst oberflächlich, vielfach sogar in einer fast betrügerischen Art. Folgende Mängel sind sehr zahlreich:

1. Ausgezählte Summen werden in den Mitgliedsbüchern nicht eingetragen.
2. Die 52 Wochen Wartezeit nach der Aussteuerung wird nicht eingehalten.
3. Die Summen, die innerhalb der letzten 52 Wochen bezogen wurden, werden bei weiteren Auszahlungen unberücksichtigt gelassen.

4. Bei Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit werden ordentliche Marken weiter geklebt, um baldigst Unterstützungen wieder beziehen zu können. Zu dem letzteren ein Beispiel:

Bei der ungeheuren Notlage vieler unserer Verbandsmitglieder, die nicht wenige, besonders ältere Kollegen zu mehrjähriger Arbeitslosigkeit verurteilt, ist es begreiflich, daß manche gute Rechenmeister werden. Viele werden ja auch das Durchzahlen der ordentlichen Beiträge während der Erwerbslosigkeit als mit den Satzungen vereinbar halten. Wenn wir aber solches gestatten und sorglos geschehen lassen, sinkt der Verband zu einer reinen Unterstützungskasse herab und wenn diese Methode allgemein üblich würde im Verbandsverband, wäre unser Unterstützungswesen nicht zu halten. Durch unsere Satzungen und Anweisungen wird die Beitragszahlung und das Auszahlen der Unterstützungen genau geregelt.

Zur Invalidenunterstützung ist zu sagen, daß die meisten Anträge, die abgelehnt wurden, wegen satzungswidriger Beitragszahlung abgelehnt werden mußten. Die Invalidenunterstützung ist ein Teil unseres Unterstützungswesens und wir können auch hier nicht gestatten, daß, nachdem der Kollege aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist, ordentliche Beiträge weitergezahlt werden, nur um sich diese Unterstützung zu sichern.

Manche Anträge, die abgelehnt werden mußten, werden begleitet mit der Beteuerung, daß es sich um ein eifriges Verbandsmitglied handelt, der lange Jahre Dorstandsmitglied oder Vertrauensmann gewesen sei, dabei sei er Jubilar, und wenn der Antrag nicht genehmigt würde, würde die ganze Zahlstelle durcheinander kommen.

Derartige wurde uns auch von Dorstandsmitgliedern einer Zahlstelle versichert, wo das invalide Mitglied schon seit 1924 größtenteils arbeitslos war und der in den Jahren 1929 und 1930 nur 6½ Wochen gearbeitet hatte, auf Grund von Beteuerungen und gefühlsmäßigen Begründungen können wir keine Anträge entscheiden, sondern auch bei den Invalidenunterstützungs-Anträgen müssen die Satzungsbestimmungen entscheidend sein. Wenn wir davon abweichen, wären die Folgen nicht auszudenken.

Zu unserem ganzen Unterstützungswesen ist zu sagen, daß wir wohl an der Grenze des Möglichen angelangt sind. Wenn es Zahlstellen und Mitglieder gibt, die unter Umgehung der Satzungsbestimmungen sich Auszahlungen verschaffen, welche wir leider oft feststellten, so müssen wir das streng verurteilen und Rechenschaft verlangen. Wir können und dürfen nicht mehr tun, wie die Satzungen vorschreiben. Unsere Zahlstellenkassierer sind in ihrer Tätigkeit Bevollmächtigte des Verbandes, die genau die Satzungsbestimmungen bei ihrer Verbandstätigkeit einhalten müssen.

Zur Zeit haben eine Anzahl von Zahlstellen die Hauptkasse zunächst mit den Mehrausgaben der Ortskassen belastet. Also ein Teil der Beitragsgelder, die der Hauptkasse überwiesen werden müßten, hat man für örtliche Ausgaben verwendet. Man gibt also am Orte mehr aus, wie man durch Ortsbeiträge hereinbekommt. Das mag bei einzelnen Zahlstellen in Anbetracht der großen Erwerbslosigkeit ein vorübergehender Zustand sein. Bei vielen Zahlstellen ist die Ursache aber eine andere.

In einer großen Anzahl unserer Zahlstellen sind die Ortsbeiträge zu niedrig. Damit können diese auf die Dauer die örtlichen Ausgaben nicht lösen und nicht wirtschaften. Die Mitglieder zahlen wohl deswegen niedrige Lokalbeiträge, um für jeden Großen Unterstützung zu beziehen. Diese Einstellung führt zu unhaltbaren Zuständen innerhalb der Zahlstellen. Die Ortsbeiträge müssen so hoch gesetzt werden, daß die notwendigen örtlichen Ausgaben bestritten werden können. Vielfach werden auch trotz allem Dalles noch Ortsunterstützungen gezahlt.

Ein sehr übler Zustand ist die Verzögerung bei Einsendung der Abrechnungsformulare. Die Abrechnungsformulare sollen 14 Tage nach Quartalschluß in Köln sein. Wir haben zur Zeit 390 Zahlstellen bis zu 50 Mitglieder und bis zu 100 Mitglieder 450. Wenn Zahlstellen mit weit über 1000 Mitgliedern innerhalb von 14 Tagen die Abrechnung fertigstellen können, dann müßten Zahlstellen bis zu 50 oder 100 Mitglieder bestimmt dazu in der Lage sein.

Von über 500 Abrechnungen, die eingehen sollen, sind etwa 200 nach 14 Tagen in Köln. Zu beachten ist dabei, daß die säumigen Zahlstellen laufend von den Angestellten und von der Zentralstelle an ihre Pflicht erinnert werden. Andere Verbände, so die Metallarbeiter und Bergarbeiter haben endgültige Monatsabrechnungen. Deren Zahlstellen und Ortsgruppen müssen also recht pünktlich zur bestimmten Zeit die Abrechnung erledigen. Ordnung auf diesem Gebiete müssen auch wir recht schnell schaffen.

Ich sagte Ihnen am Anfange meiner Ausführungen, daß die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes in geordneten Bahnen gehalten werden müssen. Ich habe Ihnen einzelne Teile des Verwaltungsbereiches vorgetragen, deren Bearbeitung ganz besonders leicht zu Unstimmigkeiten zwischen Hauptgeschäftsstelle und Zahlstellenleitungen führen.

Bemühen wir uns, schwierige Fälle ohne Erregung gemeinsam zu lösen. Meinungsverschiedenheiten müssen an Hand unserer Satzungsbestimmungen und Anweisungen beseitigt werden, ganz besonders aber ist dabei im Auge zu behalten, daß falsche Lösungen böse Auswirkungen zeitigen können, die nicht im Interesse des Verbandes liegen.

Arbeiten wir kollegial zusammen, damit wir die Verbandsgeschäfte in mustergültiger Ordnung erledigen.

## Verbandsorgan — Fachschrift — Rechtsschutz.

**Deuz (Schriftleitung):** Mit besonderem Stolz erinnern wir daran, daß das Verbandsorgan seit mehr als 30 Jahren seine wichtige und erfolgreiche Mission bei uns im Verbands- und als Glied der christlichen Gewerkschaftspressen erfüllt. In diesen drei Jahrzehnten wurde durch das Verbandsorgan sehr wesentlich zur Festigung unserer grundsätzlichen Einstellung beigetragen und außerordentlich viel Aufklärung und Belehrung über wirtschaftliche Vorgänge, sozialpolitische Streitfragen und arbeitsrechtliche Grundsätze und Forderungen in Mitgliederkreisen des Verbandes und darüber hinaus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verbreitet.

Der Festigung unserer grundsätzlichen Einstellung bedarf es heute wie damals, insbesondere der Betonung des weltanschaulichen Fundamentes unserer Bewegung. Darin liegt zum größten Teil die Führeraufgabe des Verbandsorgans. Ohne entschiedene Stellungnahme, ohne leidenschaftlichen Kampf gegen weltanschaulich anders gerichtete Gruppen werden wir den hohen Mut und die Begeisterung für unsere Ziele nicht zu erwecken vermögen. Nur in der Betonung unserer positiv christlichen Auffassung vom Wert des arbeitenden Menschen und seiner ewigen Bestimmung können die Wurzeln und Erfolge unserer Werbung liegen. Der kämpferische Geist, den das Organ pflegen und atmen soll, muß sich übertragen auf das Empfinden und Denken unserer Mitglieder, die erst dadurch zu Vollblutgewerkschaftlern werden.

Unser Verbandsorgan ist Bildungs- und Bindemittel zugleich. Der hohe Bildungsstand der heutigen Arbeiterschaft ist nicht zuletzt herbei geführt durch die jahrzehntelange Bildungsarbeit der Gewerkschaftspressen. Nicht die Berichterstattung ist Hauptaufgabe unserer Gewerkschaftszeitung. Gewiß soll auch diese nicht vernachlässigt werden, muß sich aber in der Hauptsache auf eine objektive und instruktive Wirtschaftsberichterstattung und Berichterstattung aus dem Arbeiterleben und den Vorgängen in der eignen Bewegung, besonders im eignen Berufsverband, beschränken.

Das Verbandsorgan soll dem Meinungs austausch dienen. Über Mangel an aktuellen Fragen ist sicher keine Klage zu führen, an Problemen, die uns sehr stark berühren, fehlt es wirklich nicht. Die Berichterstattung dürfte besser sein. Nicht nur Berichte über gelegentliche Versammlungen, vielmehr müßte das tatsächliche Arbeitserlebnis, das Arbeiterschicksal, in Berichten Ausdruck finden. Wenn wir beobachten, wie die Berichterstattung, von der Sensationspresse besondere Pflege erfährt und die Gründe dafür kennen, dann sollten wir uns die Erfahrungen und Vorteile auf diesem Gebiete zunutze machen im guten Sinne. Helfen können Sie alle die Aufgabe lösen, wenn Sie den Betriebsvorgängen und dem Betriebsleben, den Vorgängen auch im öffentlichen Leben auf allen Gebieten von unserem Standpunkte aus Wertung und Würdigung zuteil werden lassen.

An erster Stelle stehen muß die Aufgabe, die geistigen Kräfte der Arbeiterschaft zu erschließen, sie zu schulen und zu formen und so die Voraussetzung für die Erfüllung unserer Aufgaben zu schaffen. Es gilt unsere Menschen mit diesem Geiste zu erfüllen, ihr Wissen zu bereichern, starke Charaktere zu erziehen, erfüllt von der Glut und Leidenschaft ihrer Aufgabe. Denn nur so wird es uns gelingen, den Aufstieg der Arbeiterschaft aus ihrer heutigen unwürdigen Lage zu bewerkstelligen und auf den schon errungenen Erfolgen weiterzubauen.

Bindemittel ist unser Verbandsorgan zwischen der Leitung des Verbandes und den Mitgliedern, und zwischen den Mitgliedern untereinander. Die Menschen und Gruppen, die weitab von der großen Straße des Verkehrs mit uns den Kampf führen um die Prinzipien des Rechtes und der Freiheit, um Anerkennung, um Gleichberechtigung und Gleichachtung, werden immer wieder in ihren

Bestrebungen, in ihrem Kampf ermuntert und erinnert, daß sie nicht allein den Kampf führen, sondern tausende und abertausende in allen Gauen und Bezirken unseres Vaterlandes beseelt sind von demselben Gedanken und Empfinden, teilhaben an ihrer Not, teilhaben an ihren Erfolgen. Diese gegenseitige Befruchtung durch das Verbandsorgan schlingt so ein geistiges Band um alle Mitglieder, bildet uns so zu der Erlebnis- und Treuegemeinschaft, die sicher auch die augenblicklichen Irrungen und Wirrungen der Zeit überdauert.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres haben wir statt des bisherigen Formats ein sogenanntes Zeitschriftenformat gewählt. Damit ist das Verbandsorgan handlicher geworden, insbesondere werden die gebundenen Jahrgänge leichter dem Bücherschatz einverleibt werden können. Formschöne Typen zum Druck verwandt, bedeuten eine charakterliche Anpassung des Sachbildes an die Form, durch die das äußere Bild vorteilhaft beeinflusst ist.

Mit diesen Ausführungen unterstellen wir den Titel „Verbandsorgan“ der Kritik des Verbandstages. Wir hoffen, daß diese sich auszeichnet durch Wohlwollen und Verständnis und ausklingt in den ernststen Voratz, dem Verbandsorgan erhöhtes Interesse entgegenzubringen und an der Ausgestaltung desselben praktisch mitzuwirken.

Unsere Fachschrift „Handwerk Kunst im Holzgewerbe“ hatte während der Berichtszeit eine stetige und gleichmäßige Entwicklung. Der Ehrgeiz, die Zahl der Bezieher außerhalb des Kreises der Mitglieder unseres Verbandes und des katholischen Gesellenvereins zu gewinnen, ist nicht befriedigt. Es muß betont werden, daß infolge der außerordentlich großen Zahl von Neuerungen aller Art der Facharbeiter ohne eine gute Fachschrift nicht auskommt. Wir sind überzeugt, daß auf allen in Frage kommenden Gebieten, die „Handwerk Kunst im Holzgewerbe“ ihr Möglichstes getan hat und uns darum berechtigt zu der Behauptung, daß jeder strebsame Facharbeiter seine Leistungsfähigkeit bedeutend erhöht, wenn er Bezieher unserer Fachschrift ist. Es ist selbstverständlich, daß wir auch als Verband großen Wert darauf legen, daß die in unseren Reihen stehenden Facharbeiter zu höchster fachlicher Leistung fähig sind und daß wir als Verband verpflichtet sind, entsprechende Voraussetzungen mit zu schaffen. Wir dürfen dann aber auch erwarten, daß von den gebotenen Möglichkeiten entsprechend Gebrauch gemacht wird.

Die modernere Aufmachung der „H. i. H.“ seit Januar dieses Jahres und der gleichzeitig eingetretene Wechsel in der Schriftleitung — haben bereits erfreuliche Erfolge gezeitigt. Die Pläne und Absichten, die Fachschrift weiter zu vervollkommen und auszubauen, sind abhängig von der weiteren Entwicklung. Darum haben wir unsere Absicht, die „H. i. H.“ zum führenden Fachblatt der Holzarbeiter zu machen, nicht aufgegeben, sondern tun alles, diesen Plan zu verwirklichen. Wenn wir dabei die Unterstützung unserer Mitglieder finden, wenn unsere Mitglieder insbesondere sich in der Werbearbeit für die „H. i. H.“ großzügig und unablässig bemühen, hoffen wir dieses Ziel bald zu erreichen.

**Rechtsschutz.** Umfang und Bedeutung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes haben in der Nachkriegszeit eine bedeutende Erweiterung erfahren. Das hängt eng zusammen mit der Neueinführung arbeitsrechtlicher Gesetze, mit wirtschaftlichen Änderungen und Umwälzungen, die wir täglich miterleben, aber auch mit einer Steigerung des Selbstbewußtseins und der Selbstachtung der Arbeiterschaft, die — ein Erfolg der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit — erfreuliche Fortschritte aufzuweisen haben.

Das Arbeitsrecht ist als Rechtsdisziplin erst in der Nachkriegszeit entwickelt. Das Arbeitsgerichtsgesetz von 1927 hat eine Rechtsentwicklung eingeleitet, die längst nicht zum Abschluß gebracht ist, die auch nicht so schnell fortentwickelt wurde, als wir das wünschen und fordern. Das bürgerliche Recht, zusammengefaßt im Bürgerlichen Gesetzbuch, bleibt für einen großen, vielleicht den größten Teil der Arbeiterschaft etwas fremdes. Weite Teile der Arbeiterschaft haben kein Verhältnis zum bürgerlichen Recht gewonnen, werden auch ein solches nie gewinnen, weil das bürgerliche Recht auf Schicksal und Lebenserfolg der Arbeiterschaft keine oder doch nur ungenügende Rücksicht nimmt. Daß dieser Zustand ungesund und für das Wachstum eines notwendigen Staats- und Standesbewußtseins wenig förderlich ist, wurde längst erkannt. Diesem Umstande abzuweichen, die lebendige Rechtsgemeinschaft herzustellen, die organische Verbindung zwischen dem Recht und den geistig-seelischen Volkskräften herbeizuführen, ist das Arbeitsrecht berufen. Arbeitsrecht darf und soll nicht allein in materiellem Sinn verstanden sein. Sicher verlangen wir, daß das Arbeitsrecht den Interessenten, den Arbeiter schützt,

seinen berechtigten Forderungen und seinem Schutzbedürfnis Rechnung trägt. Aber das ist es ja nicht allein. Das Arbeitsrecht soll, außer diesem Interessenschutz, vor allem doch auch Wegbereiter einer neuen Rechtsordnung sein, soll den Boden bereiten für notwendige Wandlungen des sogenannten bürgerlichen Rechts. Wir erleben immer wieder, wie die im bürgerlichen Recht herrschende römisch-rechtliche Auffassung Einfluß und Geltung auch im Arbeitsrecht zu erreichen versucht. Man beobachtet daraufhin beispielsweise nur, welche Gesichtspunkte bei Lohnklagen und Entlassungsstreitigkeiten die Oberhand gewinnen wollen. Dieses Eindringen römisch-rechtlicher Begriffe schadet dem Ansehen des Arbeitsrechtes und ist geeignet, das Vertrauen der arbeitenden Schichten in das Arbeitsrecht zu untergraben. Die Stellungnahme der höchsten arbeitsgerichtlichen Instanz, des R. A. G. zur Frage des Lohnverzichtes ist zweifellos eine Konzession an römisch-rechtliche Auffassungen. Die kollektiven Arbeitsverträge, die Tarifverträge, sollen den Lohnanspruch des einzelnen sichern, und es bleibt der Streit über einen vorherigen oder nachträglichen Verzicht lediglich Theorie. In der Praxis gibt es keinen Arbeitnehmer, nicht einmal Unorganisierte, die in der Tat freiwillig auf ihren Tariflohn oder auf Teile desselben verzichten.

Wir erlebten widerspruchsvolle Urteile des Reichsarbeitsgerichtes. Zu fordern ist gegenüber diesen Erscheinungen, daß es nicht verkündet wird, was uns in den Gesetzen als Recht entgegentritt. Im Arbeitsrecht sollte noch weniger, wie im bürgerlichen Recht, Raum sein für juristische Spitzfindigkeiten. Zweifellos sind solche Erscheinungen bedingt durch den Bildungsgang unserer hauptamtlichen Richter. Es ist sicher nicht leicht, trotz oft besten Willens, sich in die Gedankengänge modernen Arbeitsrechtes hineinzufinden und Rücksicht zu nehmen auf die Psyche und Mentalität des Arbeitslebens. Der Ausbildung und Schulung des arbeitsrichterlichen Nachwuchses ist darum besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dor allem aber haben wir dafür zu sorgen, nicht nur solange wir die vorhin geschilderten Mängel zu beklagen haben, daß die Arbeitsrichter aller Instanzen aus unseren Reihen von der hohen Bedeutung des Arbeitsrechtes überzeugt und mit allen Sach- und Fachgebieten durchaus vertraut sind. Schulung in arbeitsrechtlicher Hinsicht muß laufend erfolgen. Unsere Mitglieder müssen, selbständig etwa vorkommende Streitfälle nicht nur beurteilen, sondern unter Umständen auch erledigen können.

Die Inanspruchnahme der Verbandsangestellten in außerordentlich großem Umfange beweist, daß die Schulung in arbeitsrechtlichen Dingen zu wünschen übrig läßt.

## Holzarbeiterjugend und Verband.

**Schick-Köln.** Unser Verband hat zweifellos durch die seit 1925 planmäßig durchgeführte Jugendorganisation eine wesentliche Belebung erfahren. Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur aus in der Zahl der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, sondern vor allem in dem jugendlichen Nachwuchs in der Mitgliederenschaft. Es dürfte nicht zu bestreiten sein, daß die Entwicklung des Verbandes in den letzten Jahren bezüglich der Vollmitgliedschaft hauptsächlich auf den Zuwachs aus unseren Jugendgruppen zurückzuführen ist. Die Berichtszeit war für unsere Jugendorganisation eine Zeit besonders guter Entwicklung. Das zeigt sich unzweideutig in der genau feststehenden Zahl der Lehrlingsbeiträge. Die Zahl der Jugendgruppen stieg von 87 auf 178.

Etwas zögernd und tastend sind wir anfangs an die Jugendwerbung und Behandlung herangetreten. Vorsicht und Umsicht haben uns dabei geleitet. Um so mehr aber hat dieser Umstand dazu geführt, daß wir eine klare, bestimmte Einstellung gefunden haben. Was man selbst erprobt, selbst zur Entwicklung bringt, bietet eine sicherere und bessere Grundlage als alles, was man nachmacht. Es hat sich im besonderen Maße herausgestellt, daß die Erfassung unserer Jugend am ehesten und sichersten möglich ist, wenn man die Jugend bei ihrem Berufswesen erfasst. Hierbei fühlt sie sich beachtet, bewertet und geschätzt, hier wächst das Standesbewußtsein, hier die Berufsverbundenheit. Standesbewußtsein und Berufsverbundenheit sind nun einmal die Grundpfeiler jedweder gewerkschaftlicher Entwicklung. Den Begriff Standesbewußtsein und Berufsverbundenheit kann man allerdings eng und weit spannen. Es gibt Kollegen, die geglaubt haben und vielleicht noch glauben, daß man die Jugend allgemein zusammenfassen könnte und sollte nur in Jugendkartellen und in Jugendorganisationen des Gesamtverbandes. Alle derartigen Versuche, auch nach neuerlicher Praxis mancherorts, haben bewiesen, daß diese Theorie falsch ist. Sie ist genau so falsch, als wenn man

# Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 45. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 2. bis 8. November 1930 fällig.

### Geschäftsbericht 1928/29.

Der Geschäftsbericht für die Jahre 1928/29, herausgegeben anlässlich des Verbandstages, ist erschienen und den Zahlstellen bereits zugesandt. Das Buch unterrichtet über die Tätigkeit des Verbandes und gehört nicht nur in den Bücherbesitz der Ortsgruppen, sondern auch in die Hand eines jeden Mitgliedes.

Der Preis beträgt für Ortsgruppen und Mitglieder 1,— RM.

aus Fachgewerkschaften eine einheitliche Arbeitergewerkschaft machen wollte. Erst aus dem Fach und dem Beruf wächst die Solidarität, die später auch in Verbindung mit anderen Gruppen erweitert werden kann.

Es muß Wert darauf gelegt werden, daß allüberall eine Verbandsjugendgruppe errichtet und erhalten wird. Das trifft zwar nicht für jede eine Zahlstelle zu, jedoch erscheint mir die Zahl unserer Jugendgruppen gegenüber einem Zahlstellenbestand als zu gering. Es können noch sehr viel Gruppen errichtet und es kann dadurch die Zahl unserer Jugendmitglieder erweitert werden.

Zur Zeit stehen wir mit unseren Jugendgruppen und jugendlichen Mitgliedern, gemessen im allgemeinen Stärkeverhältnis zum sozialdemokratischen Holzarbeiterverband, günstiger. Wenn wir diesen Vorprung behaupten, werden wir bestimmt das Stärkeverhältnis zum roten Verband verbessern. Dann ist unsere Verbandsentwicklung gesichert, andernfalls haben wir keine besondere Entwicklungsmöglichkeit.

Daraus ergibt sich, daß wir bei allem bisherigen Erfolg nicht stehen bleiben dürfen. Wir müssen uns der Jugendgewinnung noch im stärksten Maße annehmen. Wir können das, ohne daß wir besonders große finanzielle Lasten auf uns nehmen. Unser Verwaltungsapparat ist in der Lage, diese Aufgabe meistern zu können. Das hat nicht nur die bisherige Entwicklung bewiesen, sondern dafür bürgt auch und muß bürgen das Verantwortungsgesühl, das alle unsere Beamten von unten bis oben befehlen muß. Dasselbe trifft zu für unsere Zahlstellenverwaltungen. Alle Reichs- und Gaukonferenzen müssen sich mit den Aufgaben der Jugendorganisation befassen. Dazu gehört, daß man zu solchen Veranstaltungen Kollegen einlädt, die in der Jugendorganisation tätig sind und sich darin bewähren. Wenn das geschieht, dann haben wir den notwendigen Meinungsaustausch, dann sammeln wir alle verwendbaren Erfahrungen. Neue bürokratische Verwaltungsapparate benötigen wir nicht, wie müssen uns sogar von einem solchen Ballast freihalten. Unsere Verbandseinrichtungen bieten jedem Beamten und jeder Zahlstelle hinreichend Gelegenheiten, unsere Jugendorganisation weiter und mit Erfolg vorwärts zu tragen und zu beleben.

Unsere Bildungsbemühungen haben sich neben gewerkschaftlicher und staatsbürgerlicher Schulung besonders auch auf fachliche Erziehung zu erstrecken. Manche Zahlstellen haben auf diesem Gebiete Mustergültiges geleistet, während aber auch manche versagt haben. Man kann natürlich hierfür keine bestimmten Richtlinien aufstellen. Die Verhältnisse sind zu verschieden gelagert. Etwas läßt sich aber bei gutem Willen überall machen. Gar oft und gar viel wird auch hierbei um große finanzielle Mittelbewilligung durch den Verband gerufen. Ich glaube, daß unser Verband bezüglich Aufwendungen nicht zurück steht.

Wir haben unser Jugendorgan „Der Wegweiser“ weiter ausgebaut, und zwar mit nicht geringem Kostenaufwand. Wir beabsichtigen, diesen Ausbau noch weiter zu vollziehen und ich glaube, das wird uns sogar gelingen, ohne den Kostenaufwand dafür zu erhöhen. Nicht angebracht erscheint jedoch ein Abbau unseres Jugendorgans, dessen wir dringend benötigen als berufsständisches Organ mit berufsständischer, fachlicher und gewerkschaftlicher Art, wie sie unser Verband zu pflegen hat. Ein Abbau unseres eigenen Jugendorgans, wie das in einigen Anträgen zum Ausdruck kommt, wäre vollständig verfehlt und würde uns auch mehr als doppelt so stark belasten, wenn man diesen Anträgen folgen wollte. Über Mangel an jugendlicher Mitarbeit am „Wegweiser“ haben wir nicht mehr zu klagen. Wie könnten zur Zeit ein viel größeres Organ füllen.

Manche Wünsche in bezug auf Inhalt können Berücksichtigung

finden. Hierzu bedarf es eigentlich keines Verbandstagsbeschlusses, sondern nur entsprechender Anregung und Mitarbeit. Vielseitig sind die Gedanken und Einstellungen unserer Mitglieder, denen wir Rechnung zu tragen suchen. Daß aber nicht jede Nummer des Jugendorgans jedem Geschmack und jedem Wunsch entsprechen kann, ist wohl selbstverständlich. Neben sachlicher Belehrung wird in jeder Nummer Wert darauf gelegt, auch durch einen allgemeinen Aufsatz unseren Jungmännern etwas mit auf den Lebensweg zu geben. Wer den „Wegweiser“ regelmäßig liest, wird das schon gefunden haben. „Der Wegweiser“ dürfte doch schon manches geboten haben, was über die landläufige Redensart hinausgeht.

Die dringliche Frage der Lehrlingshaltung und Behandlung werde ich in meinem Vortrag über Lohn- und Tarifpolitik behandeln, weil diese Frage eng damit zusammenhängt.

Alles in allem genommen kann ich folgendes sagen: Wir sind mit unserer Jugendorganisation ein gut Stück vorwärtsgekommen, wir müssen aber noch gar vieles tun, um der Jugend zu helfen, gar vieles tun, unsere Jugend zu einer guten, gewerkschaftlichen und staatsbürgerlichen Einstellung zu bringen. Alle verfügbaren Kräfte möchten sich hierbei zur Verfügung stellen und dafür sorgen, daß durch unsere Jugend wir den Aufstieg des Arbeiter- und Berufsstandes herbeiführen.

## Rundschau.

**Fünf Jahre Rechtshilfe unserer Tageszeitung „Der Deutsche“.** Für eine Tageszeitung gibt es kein Gebiet, auf dem Dienst am Volke nicht notwendig und nützlich wäre. So haben wir denn vor fünf Jahren auch unsere Rechtsauskünfte eingeführt, die seitdem von unseren Lesern reger und reger in Anspruch genommen werden.

Die Kenntnis des Rechtes und der Rechtspflege ist eine Wissenschaft. Dem einfachen Manne kann man sie kaum zumuten. Wohl aber kann man ihn ermuntern, die Grundzüge des Rechtes kennenzulernen. Das ist der Zweck unserer Rechtsauskünfte. Wenn wir durch sie erreichen, daß der Leser aus ihnen erkennt, wo der einzelne gestolpert ist, wo er sein Recht verkennt, wo er es aus Mangel an Vorsicht preisgegeben, wo er es durch Untätigkeit verschert hat, dann haben wir schon viel erreicht. Wer, ehe er sich in kostspielige Rechtsgeschäfte einläßt, oder sich verklagen läßt, seine Angelegenheit einem Rechtskundigen unterbreitet und sich beraten läßt, der wird immer einen sicheren Boden unter den Füßen haben als der, der es unterläßt.

Unsere Leser haben neben der Benutzung ihrer unentbehrlichen gewerkschaftlichen Rechtsschutzstellen wacker von unserer Rechtsauskunft Gebrauch gemacht. Die Anfragen spiegeln so recht wieder, welche Sorgen und Nöte die Arbeitnehmer hauptsächlich bewegen. Da steht wohl oben an das Wohnungswesen mit seinen vielfältigen Streitfällen zwischen Vermieter und Mieter. Demnächst liegen wohl Anfragen auf dem Gebiete des Familienrechts, der Rechte zwischen Mann und Frau, die Schlüsselgewalt der Ehefrau, die Verpflichtungen gegenüber den minderjährigen Kindern, die Unterhaltspflicht der Kinder gegenüber ihren Eltern, das Eheleiche Güterrecht usw. In die Lebensverhältnisse der seßhaften Arbeiterschaft lassen die Fragen aus dem Grundstücks- und Hypothekenrecht und der Tierhaltung Einblick gewinnen. Die Anfragen aus dem Genossenschaftsrecht spiegeln die Beteiligung der Arbeiterschaft an den genossenschaftlichen Unternehmungen ihres Genossenschaftskreises wieder, enthüllen aber auch wie vorsichtig der Arbeiter sein muß, ehe er sich auf wirtschaftliche Unternehmungen einläßt. Nicht dem Mundfertigen, sondern dem Sachkundigen muß er sich auf diesem Gebiete anvertrauen. Sehr häufig sind Schadenersatzansprüche zu begutachten. Ihre Eigentümlichkeit ist, daß der Geschädigte seine Forderung nicht hoch genug schrauben kann, oft ohne tatsächliche Unterlagen für die Bemessung des Schadens und daß der Gegner wieder sehr oft jede Schadenersatzpflicht leugnet. Dieselbe Beobachtung ist bei Aufwertungsstreitigkeiten zu bemerken. Und doch empfiehlt sich in solchen Fällen eine gütliche Einigung, weil die gerichtliche Austragung viel Geld kostet und zum Schlusse doch keinen befriedigt. Schmerzlich auch für den Berater ist die Auskunftserteilung auf dem Gebiete der Ehezerwürfnisse und der Beleidigungen. Wo Erregung und Zorn den Verstand meistern, da hört oft genug die Überlegung und das Rechtsgefühl auf. Ganz gewiß nicht die wenigsten Anfragen betreffen das Steuerrecht. Menschlich, allzu menschlich! Denn wer zahlt gerne Steuern?

So bindet uns das Leben alltäglich einen bunten Strauß, an dem wir die Sorgen des Arbeitnehmers erkennen. Wir dürfen dann auch feststellen, daß unser Dienst Frucht trägt und anerkannt wird. Frei-

lich gibt es auch Unzufriedene. Wo gäbe es sie nicht? Aber entweder ist eine unbefriedigende Auskunft auf eine unklare und lückenhafte Sachdarstellung in der Anfrage zurückzuführen oder die vermeintliche bessere Kenntnis des Unzufriedenen stellt sich als ein Irrtum dar. Schließlich aber sind wir bescheiden genug, zuzugeben, daß auch uns einmal ein Irrtum, ein Mißverständnis unterlaufen kann. Das kann jedem Richter und jedem Rechtsanwalt auch geschehen.

Zusammenfassend aber können wir sagen, daß sich in den vergangenen fünf Jahren durch die Rechtsauskünfte Beziehungen zwischen Lesern und Schriftleitung gebildet haben, die weit mehr bedeuten als die Erledigung einer Nebenaufgabe, die vielmehr zu der gesinnungsmäßigen Verbundenheit führen, die wir zueinander empfinden und von der wir täglich Zeugnisse empfangen und Zeugnis ablegen. Und so soll es auch künftig bleiben! Es wurden an Rechtsauskünften abgefordert: 1925: 240, 1926: 606, 1927: 700, 1928: 964, 1929: 1176 und 1930 voraussichtlich weit über 1200!

Mag Koslowski.

**Wie steht es mit den Lohnerhebungen?** Die Frankfurter Zeitung wies kürzlich mit Recht darauf hin, daß wir noch immer eine ungeheure Lücke in der Statistik des Deutschen Reiches haben. Wir haben keine Statistik der in Deutschland gezahlten Löhne. Die bisherige Statistik der Tariflöhne genügt auf keinen Fall. Wir müssen wissen, was tatsächlich an Löhnen in den einzelnen Industrie- und Wirtschaftsguppen gezahlt wird. Der Anfang der Erhebung über die effektiv gezahlten Löhne ist nach langem Hängen und Würgen im Jahre 1927 bei der Textilindustrie gemacht worden. Andere Gewerbe sind gefolgt, und zwar die Holz-, Eisen- und Stahlzeugende, Metall-chemische, und Schuh-Industrie, das Buchdruck-, Stein- und Baugewerbe, die Papierindustrie und das Braugewerbe. Jetzt scheint die Sache stecken zu bleiben. Im Statistischen Reichsamt ist bekanntlich einer großen Zahl von Angestellten gekündigt worden. Davon ist wahrscheinlich auch die Lohnstatistische Abteilung betroffen worden. Jedenfalls sind schon vor langer Zeit die Erhebungen über das Baugewerbe und über die Papierindustrie gemacht worden. Beim Baugewerbe fehlen noch einzelne Teilgebiete und von der Papierindustrie hört man überhaupt noch nichts. Bei den Erhebungen im Braugewerbe ist man anscheinend über Besprechungen auch noch nicht hinausgekommen. Zudem sind es schon drei Jahre her, seit die erste Erhebung in der Textilindustrie stattfand. Die Erhebungen haben doch nur dann einen vollen Wert, wenn sie turnusmäßig fortgesetzt werden, damit man nicht mit veralteten Ziffern arbeitet und außerdem die Vergleichsmöglichkeit hat. Auf alle Fälle scheint die ordnungsmäßige und gesicherte Fortführung der effektiven Lohnstatistik sehr viel wichtiger als die Reform der Tariflohnstatistik und mindestens so wichtig, wie die Feststellung der anderen Konjunkturforschungsziffern. Wir werden auch nicht daran vorbeikommen, eine monatliche Statistik laufend (wenigstens im rohen) durchzuführen über Größe der Lohnsumme, Gesamtstundenzahl und Zahl der beschäftigten Arbeiter. Dann bekommt man fortlaufend in etwa ein Bild der Lohnentwicklung in kurzen Zeitperioden.

Gegen die Erhebung über Effektivlöhne hat sich von Anfang an offener und versteckter Widerstand gezeigt. Von der Arbeiterseite ging dieser Widerstand nicht aus. Die Arbeiter haben ein Interesse an einer klaren und ehrlichen Statistik über die tatsächlich verdienten Löhne. Die Gesamtarbeiterschaft hat schließlich dasselbe Interesse. Aber nichtsdestoweniger brachten es beispielsweise einflussreiche Kreise der Landwirtschaft fertig, den Abdruck der unter vielen Mühen errechneten und erarbeiteten Ziffern der Landarbeiterlöhne im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches zu verhindern. Im Jahre 1921 konnte nach vielen Bemühungen das Lohnstatistische Gesetz erreicht werden; es hat aber bis zum September 1927 gedauert, ehe die Ausführungsverordnung dazu erschien. Dann mußte um das Personal gekämpft werden, bis schließlich 20 Leute bewilligt wurden. Ob diese unbedingt nötigen Leute auch wirklich für die Effektivlohnstatistik eingesetzt werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist aber anzunehmen, daß dieses nicht der Fall ist, denn sonst wären bei der Tüchtigkeit und Sachkenntnis der leitenden Beamten dieser Abteilung die in Frage stehenden Arbeiten längst weiter gediehen. Daß die Beschleunigung turnusmäßiger Wiederholungen dieser Erhebungen eine Notwendigkeit ist, hat u. a. noch kürzlich der Reichswirtschaftsrat bei der Abgabe seines Gutachtens bezüglich der Notverordnung über unwirtschaftliche Preisbindungen besonders betont. Er hat einstimmig in seinem Gutachten verlangt, daß die Feststellungen des Statistischen Reichs-

amtes über Effektivlöhne allgemein und fortlaufend durchgeführt werden und möglichst schleunigst den tatsächlichen Veränderungen folgen möchten. Dieser Forderung kann man sich nur anschließen, und es ist anzunehmen, daß auch das Reichsarbeitsministerium ein größeres Interesse an der Beschleunigung dieser dringend nötigen Arbeiten haben muß. F. Baltrusch.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Oberhausen.** In einer sehr gut besuchten Versammlung der Ortsgruppe Oberhausen wurde Stellung genommen zur wirtschaftlichen Lage, zu den besonderen Schwierigkeiten, die in unserem Gewerbe herrschen und was getan werden müsse, um die vorhandene Notlage zu beheben.

Kollege Trippelsdorf, Duisburg, ging auf die durch den Wahlausgang vom 14. September geschaffene Lage ein, wie sie sich nach den verschiedensten Seiten hin auswirken könne. Der Wahlausgang berge Gefahren, sowohl auf wirtschaftlichem wie auch sozialem Gebiete, in sich. Soweit die wirtschaftliche Lage zu übersehen sei, müsse alles getan werden, um das Baugewerbe, und damit verbunden das Holzgewerbe, als Schlüsselgewerbe wieder in Gang zu setzen.

Daran hätte nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch weite Kreise der Wirtschaft, namentlich das Kleingewerbe, ein Interesse. Diese Erkenntnis, wenn auch spät, wäre in weiten Kreisen heute vorhanden. Daher die Bereitwilligkeit, gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen nach Mitteln und Wegen zu suchen, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Soweit der christliche Holzarbeiterverband in Frage komme, sei diese Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit immer vorhanden. Es sei richtig, daß die Wirtschaft abhängig sei von der Kaufkraft der Arbeiterschaft und daß diese Kaufkraft auf guten und langfristigen Lohn- und Arbeitsbedingungen beruhe.

Redner streifte dann im einzelnen die Schäden, die sich im Gewerbe eingeschlichen haben. Ganz besonders müsse das heutige Submissionswesen und die Vergebung der Arbeiten an den billigsten Submittenten verurteilt werden. Die Erfahrung lehre tagtäglich, daß nicht nur die Güte der Arbeit darunter leide, sondern daß in den allermeisten Fällen die Arbeiten teurer würden, als wenn sie von vornherein zu einem ordnungsmäßigen Preise vergeben würden. Die kurzfristigen Lieferfristen, wie sie heute vorherrschen, wirken sich sehr zum Nachteil aller Beteiligten aus. Manche Kreise könnten es sich aber auch nicht angewöhnen, trotzdem sie dazu in der Lage seien, geleistete Arbeiten auch pünktlich zu bezahlen. Viel zur Hebung des örtlichen Gewerbes könne beitragen, wenn man grundsätzlich bei Vergabung von Aufträgen an erster Stelle das örtliche Gewerbe berücksichtige, selbstredend unter der Bedingung, daß auch an erster Stelle örtliche Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die Behauptung, daß das örtliche Gewerbe und die ortsansässige Arbeiterschaft nicht in der Lage seien, alle vorkommenden Arbeiten fach- und sachgemäß ausführen zu können, müsse mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Sehr zu begrüßen sei es, daß sich die Oberhausener Stadtverwaltung bereit erklärt habe, in gemeinsamer Beratung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, nach Möglichkeiten zu suchen, um eine Besserung herbeizuführen. Wünschenswert sei es, daß solche gemeinsamen Beratungen auch mit anderen Kreisen, z. B. Architektenchaft und Baugenossenschaften, eingeleitet würden. Auch diese Kreise müßten sich darüber klar sein, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nur ein gegenseitiges Verstehen und Zusammenarbeiten zum Ziele führen könne.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam Redner auch auf die Notverordnungen zu sprechen. Daß dieselben Härten für die Arbeiterschaft enthalten, sollte nicht bestritten werden. Aber es stehe

auch fest, daß, wenn alle Parteien verantwortungsbewußt gehandelt hätten, die Regierung nicht zu diesen Maßnahmen hätte greifen müssen. Der Regierung war es nur auf diesem Wege möglich, die Situation für die Arbeiterschaft zu retten. Der neue Reichstag enthalte eine große Anzahl arbeiterfeindlicher Elemente, die alles daran setzen werden, die Sozialversicherung zu verschlechtern. Eine Reform unseres Versicherungswesens sei geboten, die aber nicht nur im Abbau und in Verschlechterungen bestehen könne. Wir wollen hoffen, daß die jetzige Regierung stark genug ist, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Unsere Aufgabe ist es, an der Erreichung dieser Ziele mitzuarbeiten. Gerade die christliche Gewerkschaftsbewegung und wir als christliche Gewerkschaftler, haben hier eine Mission zu erfüllen.

Es gelte, die richtigen Lehren aus den Verhältnissen zu ziehen und für eine Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Für uns ist Werbung für unseren Zentralverband christlicher Holzarbeiter mehr denn je notwendig.

Der Vortrag löste eine sehr lebhafte Aussprache aus. Die verschiedensten Vorgänge aus dem Gewerbe wurden eingehend erörtert, so bezüglich des Lehrlingswesens, der örtlichen Sägeindustrie und Holzhandel, des Verdingungswesens, der Überarbeit, der überarbeitsmäßigen Bezahlung. Bei allen Rednern klang der feste Wille durch, für ihren Teil in der Organisation mitzuarbeiten an der Beseitigung der eingerissenen Schäden und am Aufbau der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Das wurde mit besonderer Genugtuung vom Leiter der Versammlung, Callenbach, im Schlußwort festgestellt. Tr.

**Frankfurt.** Die Zahlstelle Frankfurt hielt aus Anlaß ihres 30jährigen Bestehens sowie zur Ehrung derjenigen Kollegen, die in diesem Jahre auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verbands zurückblicken können, am Samstag, den 18. Oktober, im Karlshaus, Frankfurt, eine Familienfeier ab. Viele Mitglieder und Freunde unserer Bewegung hatten der Einladung zu dieser Familienfeier Folge geleistet. Ein gediegenes Programm ließ die Teilnehmer ein paar frohe Stunden erleben. Bezirksleiter Kollege Sabel wies in einer Ansprache auf die Schwierigkeiten hin, die unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu überwinden hatte, um zu ihrer heutigen Position zu gelangen. Die Erfolge christlicher Gewerkschaftsarbeit wurden entsprechend gewürdigt. Den beiden Jubilaren, unseren Kollegen Gaud und Franke, dankte er für ihre Treue zum Berufsverband und für all die Arbeit, die sie im Laufe der Jahre im Verbands und für unsere Bewegung geleistet haben.

Ein Prolog, Musik, ein Bühnenstück, von Mitgliedern der Zahlstelle gut wiedergegeben, lustige Darbietungen und Tanz füllten das Programm des Abends aus. Die Feier war schön und dazu angetan, die Kollegen einmal die Sorgen des Alltags vergessen zu lassen.

**Danzig.** Am Montag, den 27. Oktober ds. Js., verstarb nach langem und qualvollem Leiden unser Kollege Franz Papenroth. Kollege Papenroth hat durch Arbeitslosigkeit und noch mehr durch Krankheit in den letzten Jahren sehr viel leiden und ertragen müssen. Trotzdem war er stets freundlich und zuvorkommend gegen jedermann. In schwerster Zeit stellte sich Kollege Papenroth als Vertrauensmann dem Verband zur Verfügung. Mit Stolz können wir betonen, daß mit dem Verstorbenen einer unserer besten Vertrauensleute, ein stets für unsere christliche Gewerkschaftsidee eintretender aufrechter Kollege dahingeshieden ist.

Die Verwaltungsstelle Danzig wird das Andenken des Verstorbenen stets hoch in Ehren halten.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen sollen die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf Welt 5 15 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

**Die Fachschrift**  
die jeder strebsame Tischler haben muß:  
**Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich  
Bestell. bei Postanstalten oder direkt  
**VERLAG KÖLN VENLOERWALL 9**

**Sprechmaschinen-Laufwerke** in allen Preislagen  
**Hausuhrwerke**  
  
z. Selbst- la. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette. 25-cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur **Mark 26.—**  
Versand per Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von  
**Robert Husberg, Neuenrade i.W. No. 9**

**Intarrien jeder Art**  
Katalog gegen 0.50 Mark in Briefmarken  
**E. Biller, Heidelberg**  
Theaterstraße 7 II